

«Antisemitische Äusserungen nicht tolerierbar»

Fanatismus an der Uni Basel? Nun greift die Politik ein: Erziehungsdirektor Conradin Cramer spricht nach den jüngsten Vorfällen an der Hochschule erfrischend Klartext. Auch andere Politiker wählen deutliche Worte.

Sebastian Briellmann

Dass an der Universität Basel in einzelnen Fachbereichen möglicherweise eine Anti-Israel-Ideologie salonfähig ist, beschäftigt nicht nur die akademischen Zirkel, sondern zieht flächendeckend Kreise.

Zur Erinnerung: Die «Sonntagszeitung» hat am Wochenende berichtet, dass ein Forscher aus dem Fachbereich Urban Studies die Auswirkungen einer «übersehenen Waffe» der Israelis gegen die Palästinenser im Westjordanland untersucht hat. Mit folgender Erkenntnis: «Die Besatzungsmacht setze bewusst Wildschweine aus, um den Palästinensern zu schaden und deren Ernten zu zerstören.»

Wissenschaftliche Tauglichkeit prüfen

Die «Basler Zeitung» hat am Montag dann über die Reaktion der Hochschule berichtet. Die Uni hat klar mitgeteilt, dass sie in «grosser Sorge» ist – und die Doktorarbeit «umgehend» auf wissenschaftliche Tauglichkeit überprüft werden muss.

Auch darüber hinaus werden vom Fachbereich Urban Studies klare Antworten verlangt. Aus der Uni ist nun zu vernehmen, dass die zuständige Philosophisch-Historische Fakultät noch in dieser Woche eine Krisensitzung abhält.

Antworten verlangt aber nun auch die Politik. Der Basler SVP-Grossrat Joël Thüring kündigt der BaZ an, dass er zum Thema Antisemitismus sowohl an den Basler Schulen als auch an der Uni einen Vorstoss einreichen werde: «Ich will von der Regierung wissen, ob die hochproble-



Begrüss die Reaktion der Universität: Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP). Foto: Nicole Pont

matischen Äusserungen einzelner Universitätsmitglieder Konsequenzen haben – und wenn ja, welche.»

Die Vorgänge überraschten ihn nicht. «Es ist bekannt, dass leider vor allem die Linke in Teilen ein Antisemitismusproblem hat. Dass dies auch auf die Hochschulen durchschlägt, erstaunt deshalb nicht.» Die Unileitung müsse jetzt «entschieden eingreifen» und sicherstellen, «dass an der Universität oder auf ihren Kanälen keine antisemitische Hassrede verbreitet wird».

Für die SP in der Bildungs- und Kulturkommission sitzt

Sasha Mazzotti. Sie ordnet die Wildschwein-Causa als ideologisch motiviert ein. Denn Wildschweinangriffe und Sachbeschädigungen seien nicht nur ein palästinensisches Problem – auch Israelis kämpften mit steigenden Populationen und wachsender Kühnheit der Tiere.

Sie sagt: «Ich erwarte von der Universität, dass die wissenschaftliche Arbeit ihrer Mitglieder den Standards entspricht. Das ist immer wichtig – in der aktuellen Situation, in der die Gemüter erhitzt sind, sogar wichtiger denn je. Ich finde auch, dass sich die SP zwingend mit

dem Thema beschäftigen muss. Wir dürfen hier keinen blinden Fleck haben.»

Die Sozialdemokraten werden spontan jedoch keine eigenen Vorstösse einreichen, wie Fraktionschefin Michela Seggiani sagt. Man erwarte jetzt allerdings von der zuständigen Philosophisch-Historischen Fakultät, dass sie schnell reagiere: «Das ist ja richtigerweise auch so angekündigt worden.»

Am drastischsten äussert sich aber LDP-Erziehungsdirektor Conradin Cramer. Gegenüber der BaZ wählt er glasklare Worte: «Antisemitische Äusserungen

sind für mich nicht tolerierbar. Sie dürfen an der Universität keinen Platz haben.» Die Universität sei hier als selbstständige Institution gefordert. «Ich begrüsse, dass sie entsprechende Schritte eingeleitet hat.»

Auch aus dem Baselbiet sind kritische Voten zu vernehmen. FDP-Landrat Marc Schinzel blickt mit «Besorgnis» auf die Vorgänge an der Uni, wie er der BaZ sagt. «Wenn nur die Hälfte davon stimmt, was medial in den letzten Tagen transportiert wurde, dann gab es an der Universität krasse Grenzüberschreitungen, die man nicht hinnehmen darf.» Schinzel hat einen engen Bezug zur Universität Basel.

Sorge um die Reputation der Universität

Der Jurist hat dort studiert und promoviert und war für den Landrat jahrelang Mitglied in der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der bikantonal getragenen Uni. Er sorgt sich um die wissenschaftliche Reputation der Universität, «wenn dort Forschungsprojekte mit absurden Thesen realisiert werden». Die Unileitung müsse sowohl die Fakultät als auch den betroffenen Fachbereich nun «gründlich durchleuchten», fordert Schinzel. «Sollte man dabei auf weitere Missstände stossen, dann muss das personelle Konsequenzen haben», sagt er.

Man darf das Rektorat aktuell auch genau so verstehen: Sollten nach der Untersuchung Missstände in der besagten Doktorarbeit und generell im Fachbereich Urban Studies offenbar werden: Dann dürfte Schinzels Forderung durchaus Realität werden.

«Ich finde, dass sich die SP zwingend mit dem Thema beschäftigen muss. Wir dürfen hier keinen blinden Fleck haben.»

Sasha Mazzotti
SP-Grossrätin